

Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) | Berlin, 4. Dezember 2024
Deutscher Beratertag: Embracing Change – Veränderung erfolgreich gestalten

Wirtschaft ohne Wunder: Segel für mehr Wachstum setzen

Prof. Dr. Stefan Kooths
Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum



Herbstprognose des IfW Kiel (3. September 2024)



Weiterhin wenig Schwung



Konjunktur stottert in kraftlose Erholung



Potenzialwachstum im Kriechgang

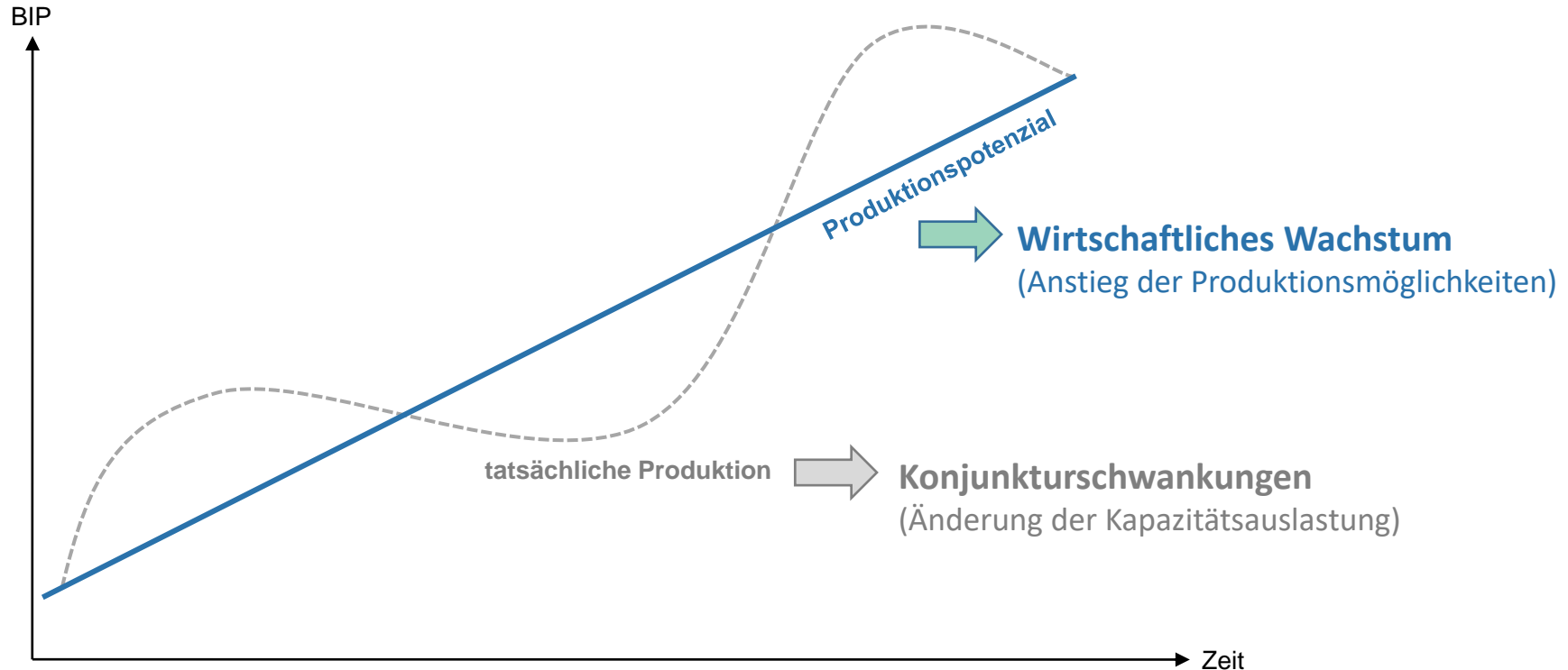
Herbstgutachten der Gemeinschaftsdiagnose



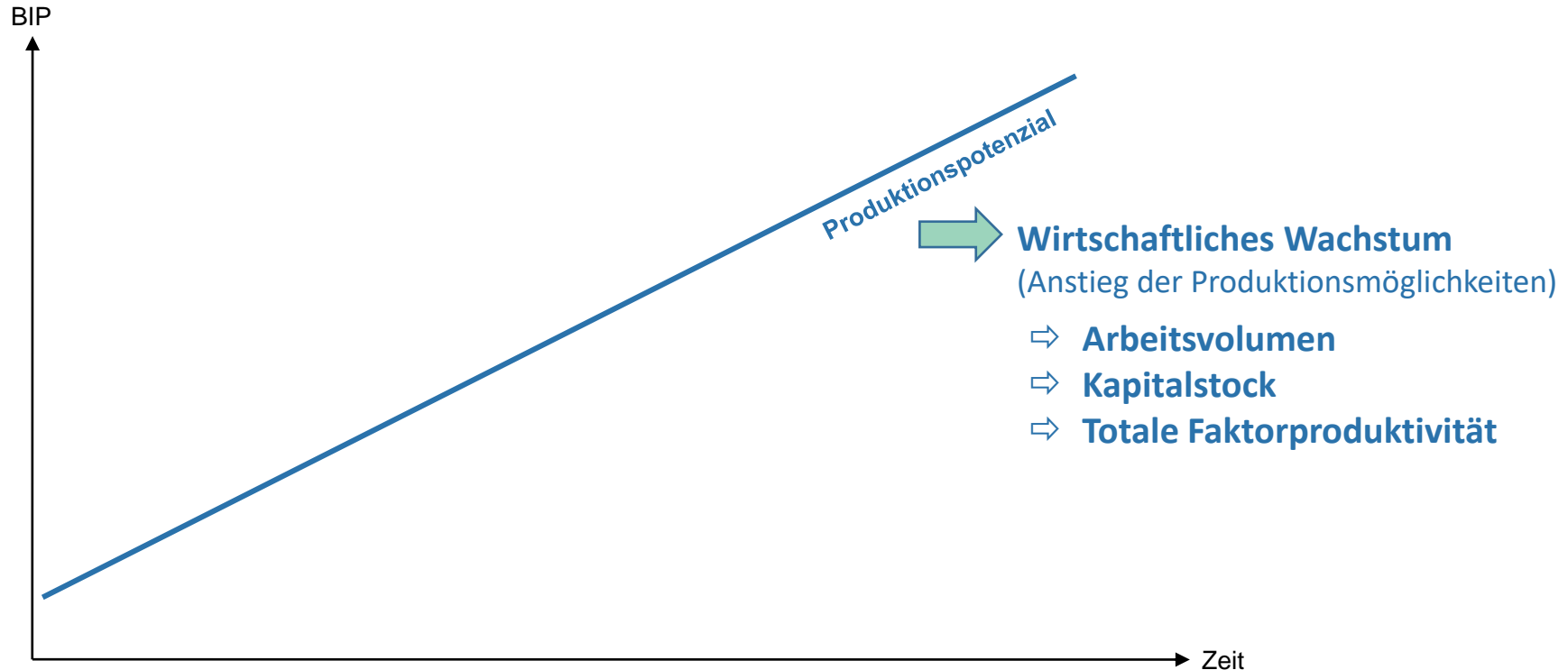
Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach

(26. September 2024)

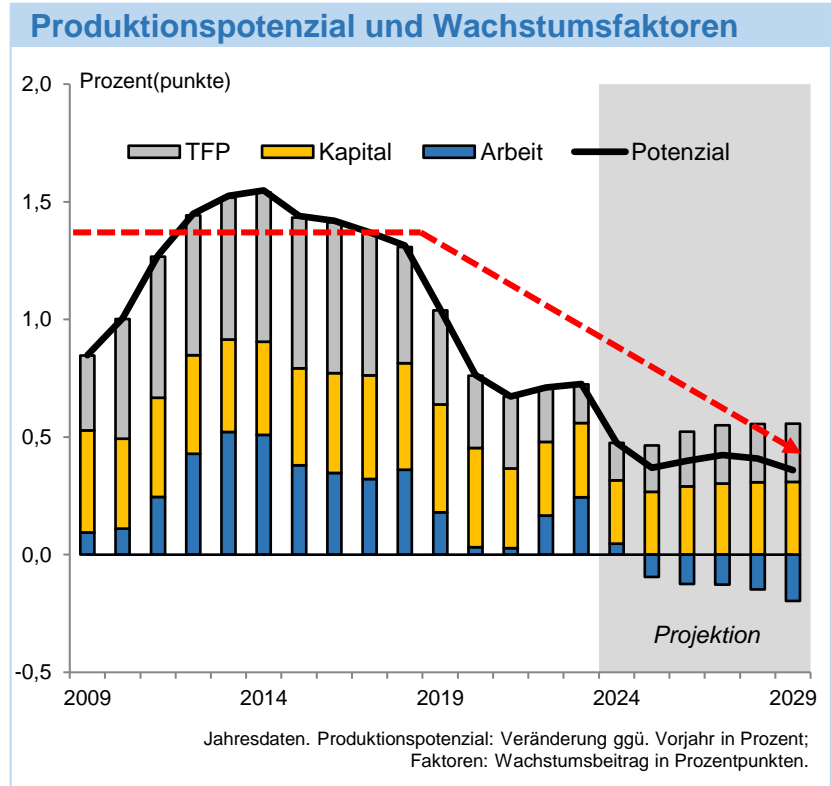
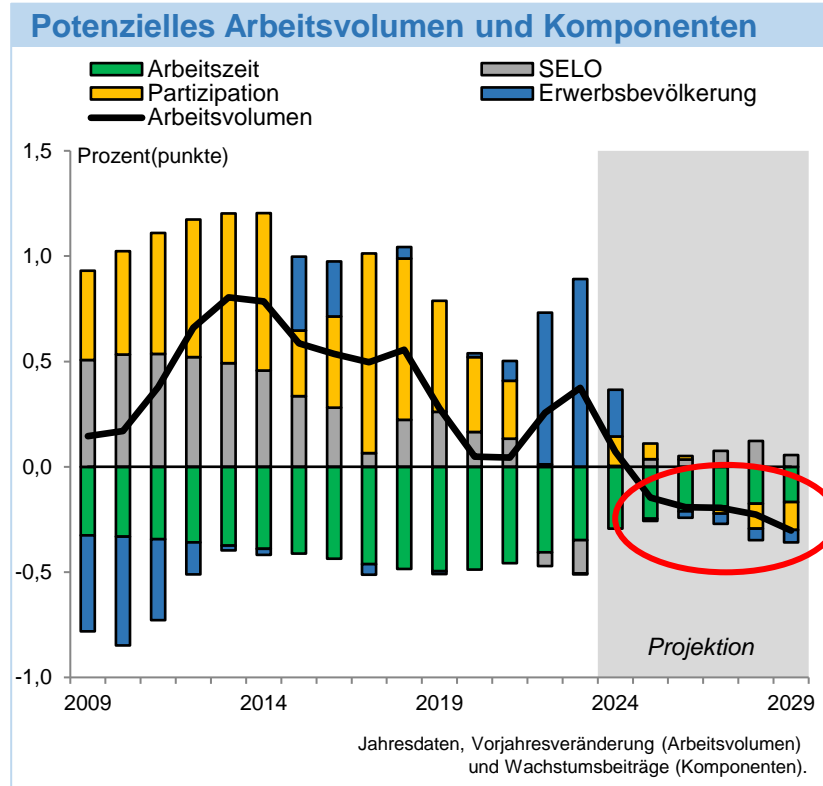
Konjunktur vs. Wachstum



Konjunktur vs. Wachstum



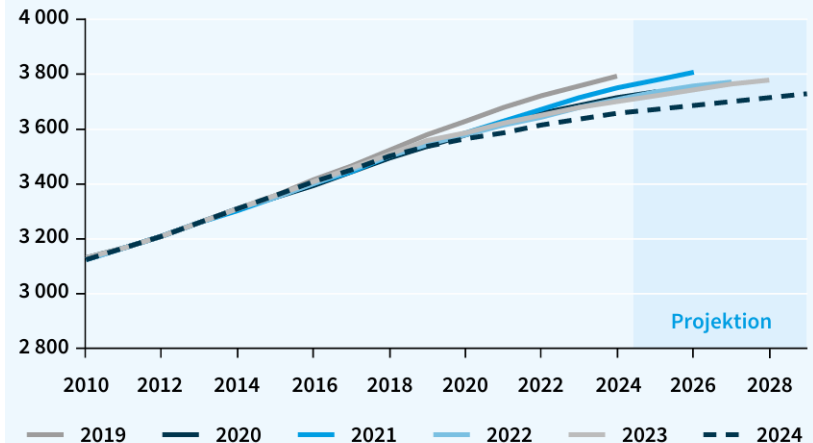
Potenzial: Arbeitsvolumen und Produktion



- Unsichere Expansionsspielräume
 - » Demographie (Altersstruktur, Qualifikationen)
 - » Dekarbonisierung: Beschleunigter Strukturwandel
 - » Regulierungsdichte
 - » Kapazitätsbelastung durch Infrastrukturausbau
- Weltwirtschaftliches Umfeld
- Normalisierung der Krankenstände
- Politikunsicherheit

Produktionspotenzial nach modifizierter EU-Methode (MODEM)

Herbstprognosen, in Mrd. Euro¹



¹ Aufgrund der Anpassung des Basisjahres im Zuge der Generalrevision und des damit in diese Projektion eingeflossenen höher ausgewiesenen Niveaus des Bruttoinlandsproduktes wurden die vergangenen Schätzungen um die Differenz im Niveau des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes des Jahres 2015 angepasst, um die Niveaus vergleichen zu können.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

Wachstumspolitik



**Schaffen, was
Arbeit macht.**

⇒ **Keine Beschäftigungsprogramme, sondern Potenzial stärken**

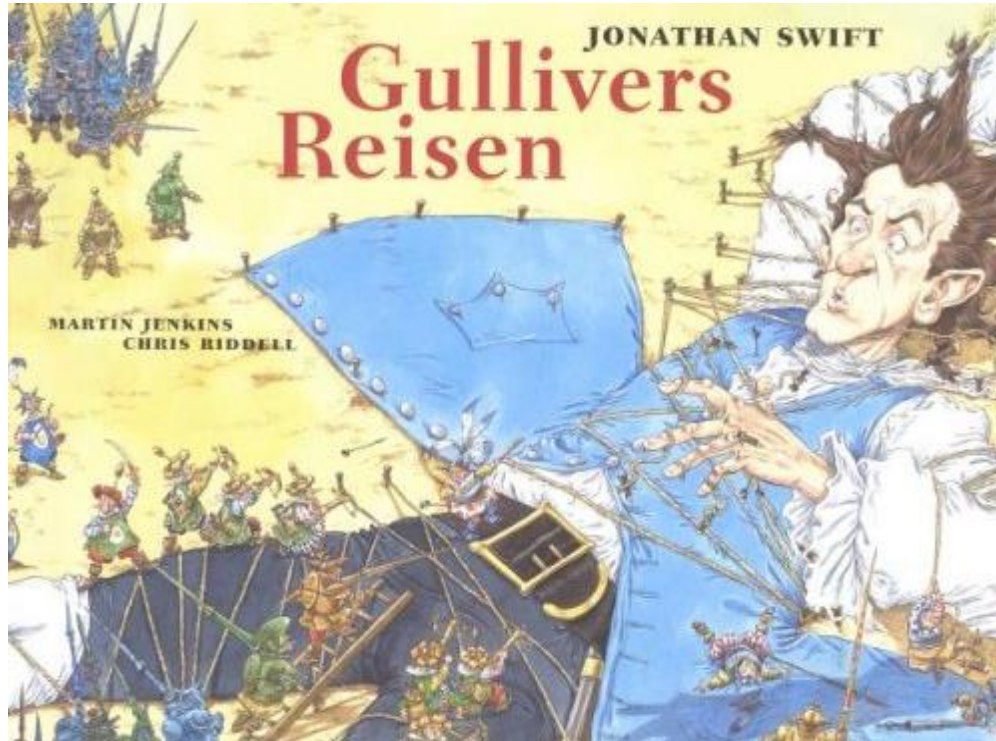
Potenzial stärken: Standortpolitik



Arbeitsproduktivität

Arbeitsanreize
(Partizipation und Migration)

Regulierungsgeflecht: Gulliver-Syndrom



- Mindestlöhne
- Entgelttransparenz
- Brückenteilzeit
- SV-Vorauszahlung
- Nachunternehmerhaftung
- Mietpreisbremse/-deckel
- Arbeitszeiterfassung
- (Tariftreue)
- **EU-Taxonomie**
- **Lieferkettenüberwachung**
- **CSRD**
- ...

Interventionismus: „Rufen Sie mich an“

Kümmerquote:

0,01 %

Kummerquote:

99,989 %

Anteil der Unternehmen, die auf Bundesebene jährlich
Aussicht auf ein bzw. kein Ministergespräch haben (bei 1 Unternehmensgespräch je Tag)

Marktkräfte spielen für die Angebotsseite
(„Arbeitnehmer am längeren Hebel“)



Spielraum für Deregulierung
(„regulatorisch Leine lassen“)

Wettbewerb um die Talente der Welt

Abgabenlast vs. Leistungsbündel



Produktivitätsneutral
(Transfersystem,
Kompensationssubventionen)

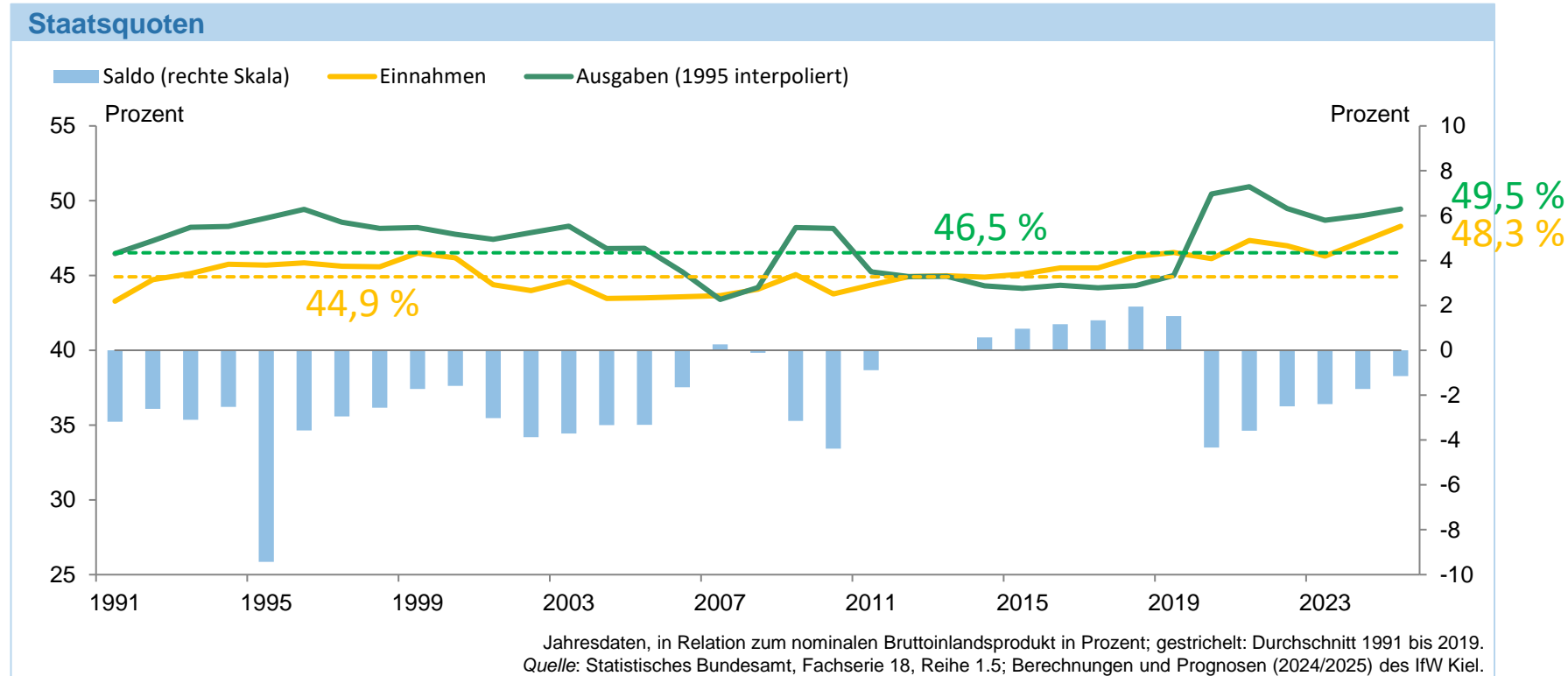
Rentenpaket II
Energiepolitik



Produktivitätsfördernd
(Rechtssicherheit, agile Bürokratie,
Infrastruktur, Bildung)

Kein sachlogischer Nexus
zwischen Staatsfonds und Rentenfinanzierung

Staat findet nicht zum Vorkrisengewicht zurück



Infrastruktur via Investitionsgesellschaften



Verschuldungsfähig,
aber mit Risikobeteiligung privater Investoren

Dynamik in GKV und SPV ante portas

Eigenbeteiligung stärken
(flankiert um Kompensation im Sozialsystem)

Heimischen Talentpool besser erschließen

Tertiärbereich \Rightarrow Nutzerfinanzierung



Umschichtung öffentlicher Mittel

Vorschul- und Primarbereich

- Kein nennenswerter Effekt auf Armutsgefährdung
 - » Gesamteinkommen + Haushaltsstruktur sind relevant, nicht Stundenlohn
 - » Vollzeit-AN mit niedrigen Stundenverdiensten kaum armutsgefährdet
 - » Wenig zielgenau (5,8 Mill. Betroffene bei 1,3 Mill. armutsgefährdeten AN)
 - » Kein Mittel gegen Altersarmut
- Evidenz für Beschäftigungsverluste
 - » Kurzfrist: 4 von 9 Studien, Mittelfrist: 5 von 7 Studien (ML-Einführung in D)
 - » Arbeitszeitreduktion, nicht nur Stellenverluste
 - » Unterlaufen von ML-Vorgaben mildert gemessene Effekte
 - » USA: 80 % aller Studien zeigen negative Effekte (Jüngere, Geringqualifizierte)
- Nebenwirkungen
 - » Geschäftsaufgaben, Preiserhöhungen
 - » Nehmen mit der Höhe des ML zu

Groll, D. (2023): <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrucke/01800/umdruck-20-01876.pdf>

Arbeitsanreize: Echtes Bürgergeld-Konzept

Integriertes Abgaben-Transfer-System

Abgaben-Transfer-System: Reformvorschläge

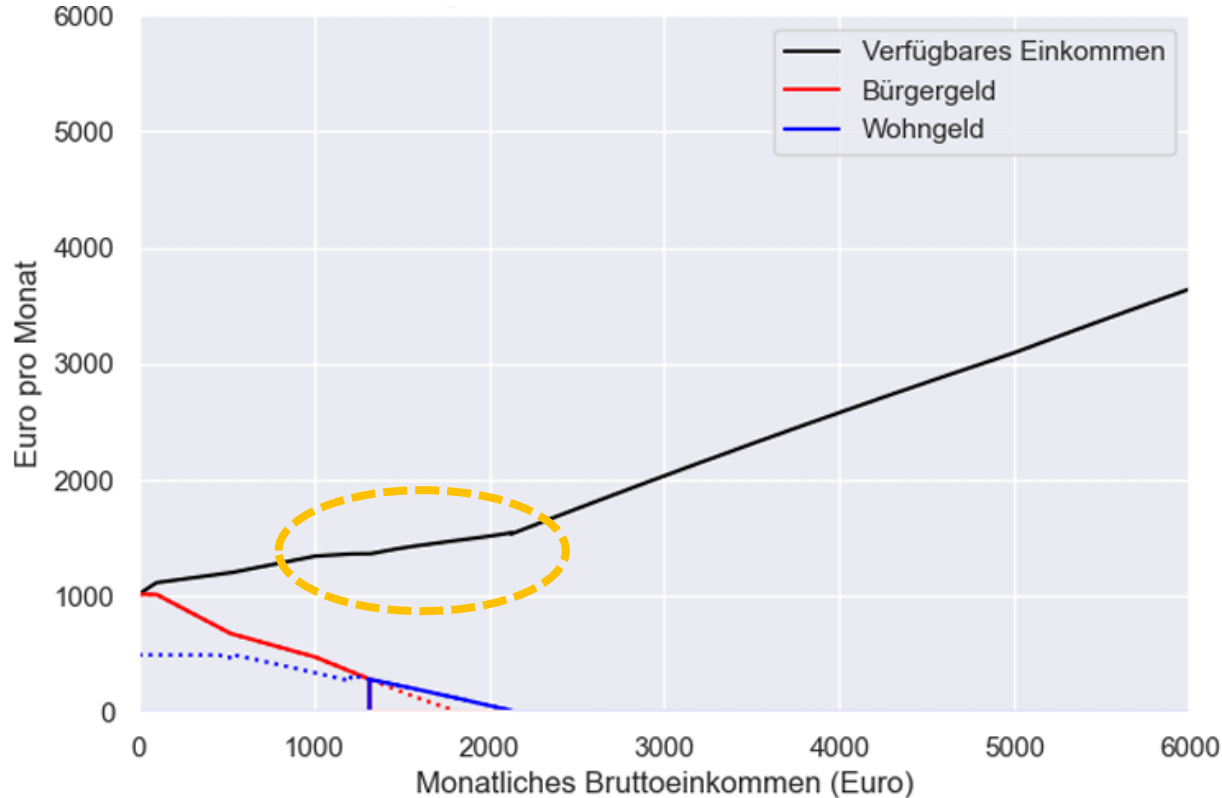


Prof. Dr. Andreas Peichl (Projektleiter)
Prof. Dr. Holger Bonin (stellvertretender Projektleiter)
Prof. Dr. Holger Stichnoth (stellvertretender Projektleiter)
Prof. Dr. Felix Bierbrauer
Dr. Maximilian Blömer
Dr. Mathias Dolls
Prof. Dr. Emanuel Hansen
Michael Hebsaker
Prof. Dr. Sarah Necker
Manuel Pannier
Boyana Petkov
Prof. Dr. Lisa Windsteiger

Unter Mitarbeit von:

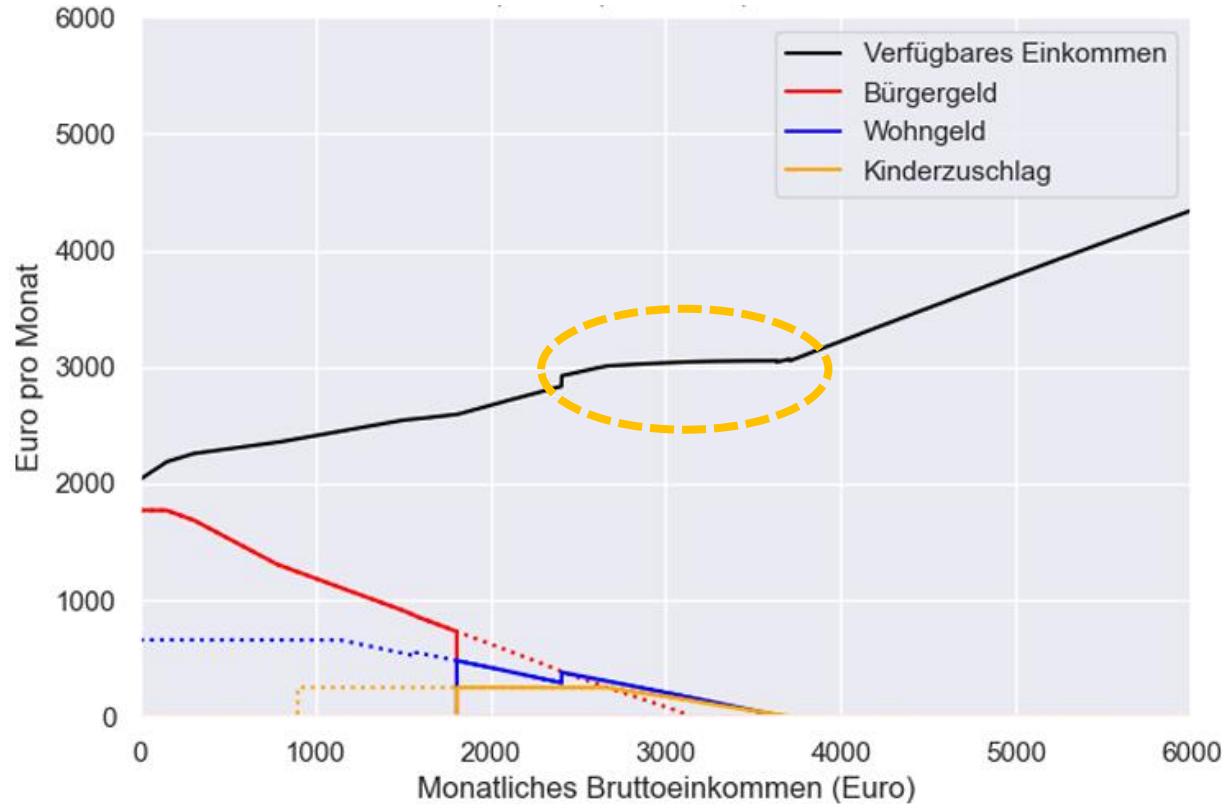
Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Dr. Herwig Immervoll, Prof. Dr. Anne Lenze, Prof. Dr. Ronnie Schöb,
Prof. Dr. Sebastian Sieglöcher, Prof. Dr. Martin Werding

Brutto/Netto: Single-Haushalt



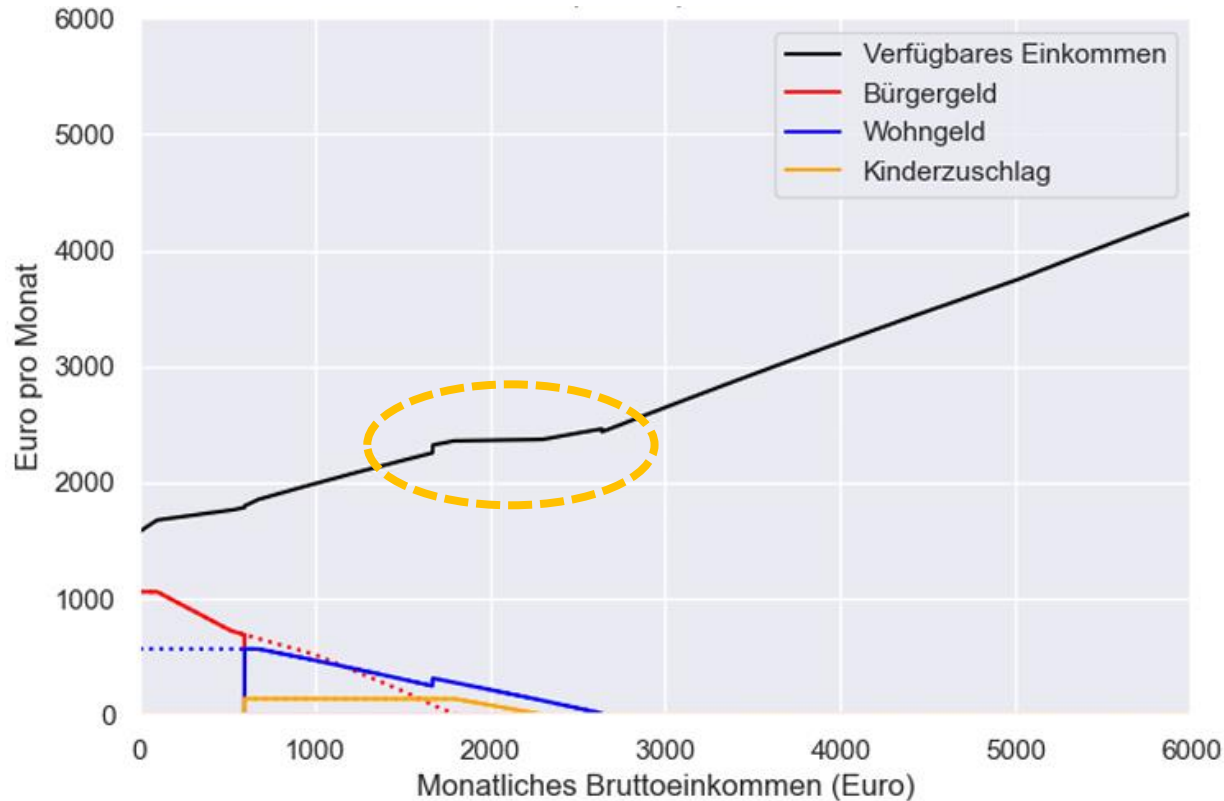
- Rechtsstand Juli 2023
- Kaltmiete 430 Euro, Heizkosten 100 Euro, Mietstufe III

Brutto/Netto: Paar-Haushalt, 1 Kind



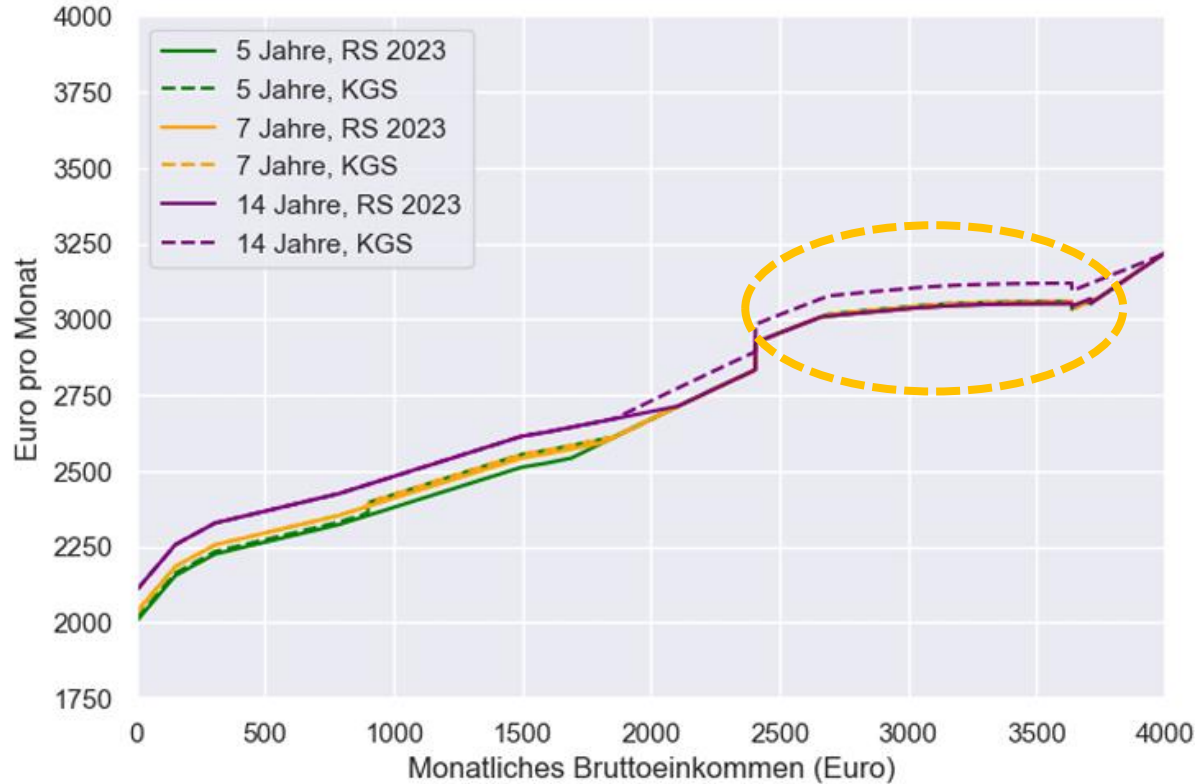
- Rechtsstand Juli 2023
- Kaltmiete 630 Euro, Heizkosten 120 Euro, Mietstufe III
- Kind im Alter von 7 Jahren
- Doppelverdiener (67%/33%)

Brutto/Netto: Alleinerzieher-Haushalt, 1 Kind



- Rechtsstand Juli 2023
- Kaltmiete 530 Euro, Heizkosten 100 Euro, Mietstufe III
- Kind im Alter von 7 Jahren
- Unterhaltsvorschuss

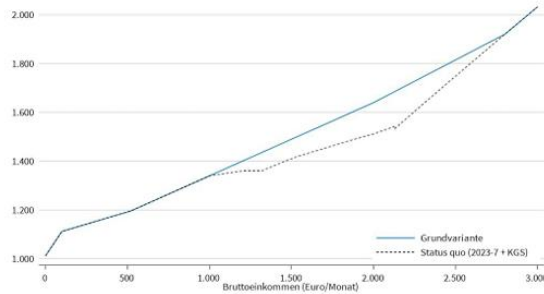
Brutto/Netto: Paar-Haushalt, 1 Kind, KGS



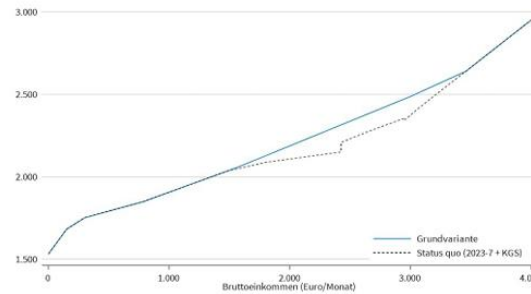
- Rechtsstand Juli 2023 (RS 2023) und geplante Kindergrundsicherung (KGS)
- Kaltmiete 630 Euro, Heizkosten 120 Euro, Mietstufe III
- 1 Kind
- Doppelverdiener (67%/33%)

Reformvorschlag

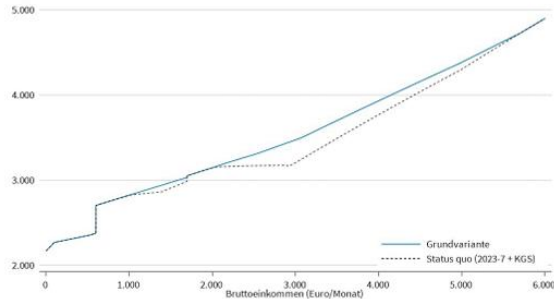
(a) Single-Haushalt



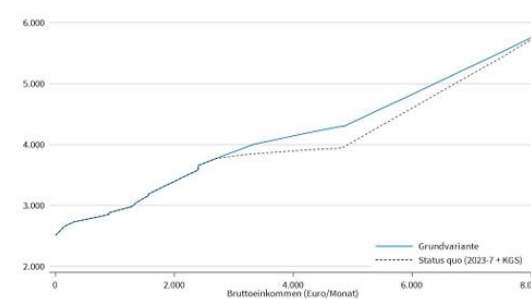
(b) Ehepaar ohne Kinder



(c) Alleinerziehend, 2 Kinder



(d) Ehepaar, 2 Kinder



- Kaltmiete 430 Euro [+100], Heizkosten 80 Euro [+20], Mietstufe III
 - [Kinder: 7 und 9 Jahre]
 - [Doppelverdiener (67%/33%)]
 - Bedarfsgemeinschaften ohne Vermögen
- ⇒ **Durchgängig keine Transferkürzung**

Sozialleistungen: Bringschuld vs. Holschuld



Startseite > Arbeitslos und Arbeit finden > Bürgergeld > Finanziell absichern mit Bürgergeld

Finanziell absichern mit Bürgergeld

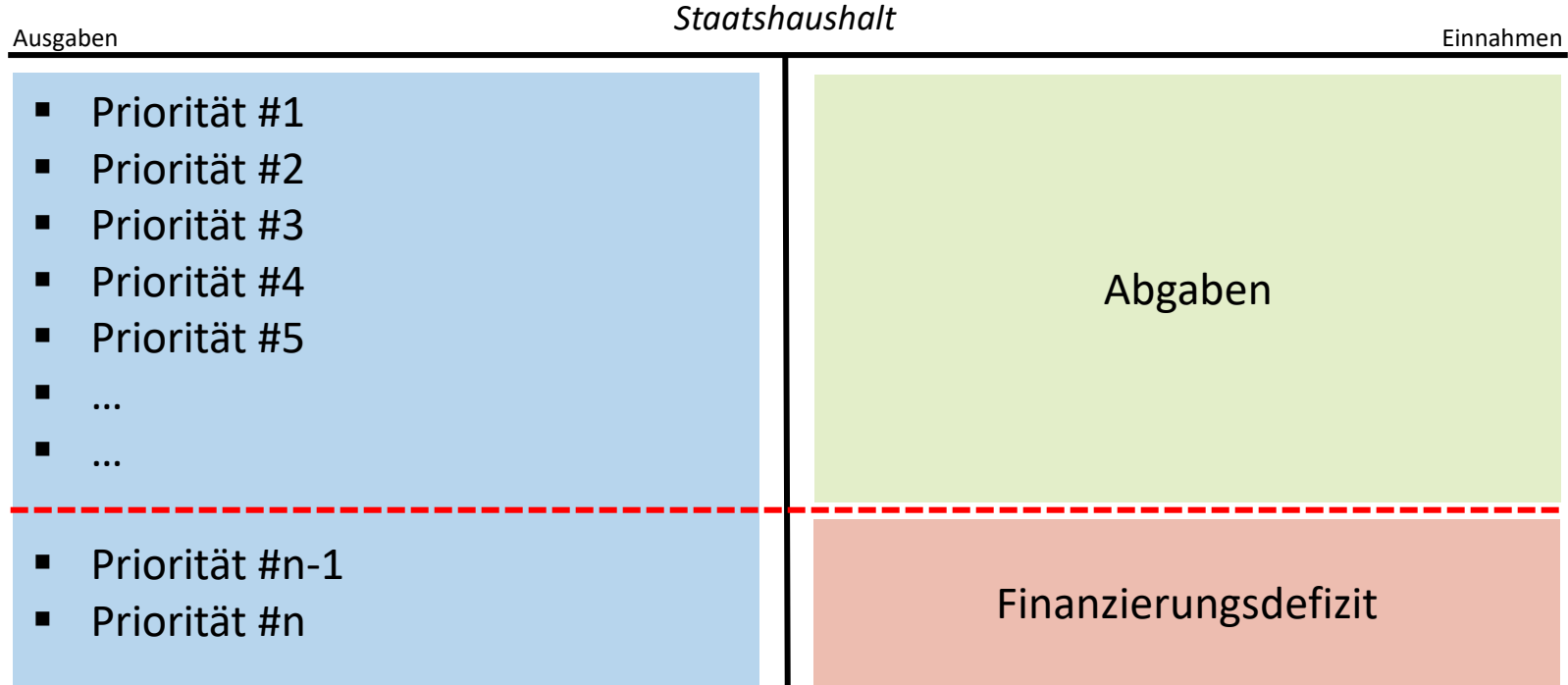
Informieren Sie sich, wie Sie Ihren Lebensunterhalt mit Bürgergeld sichern.



**Transferverständnis
hat Einfluss auf
Kontrollkosten**

Schuldenbremse

Rationale Finanzpolitik (bei Normalauslastung)



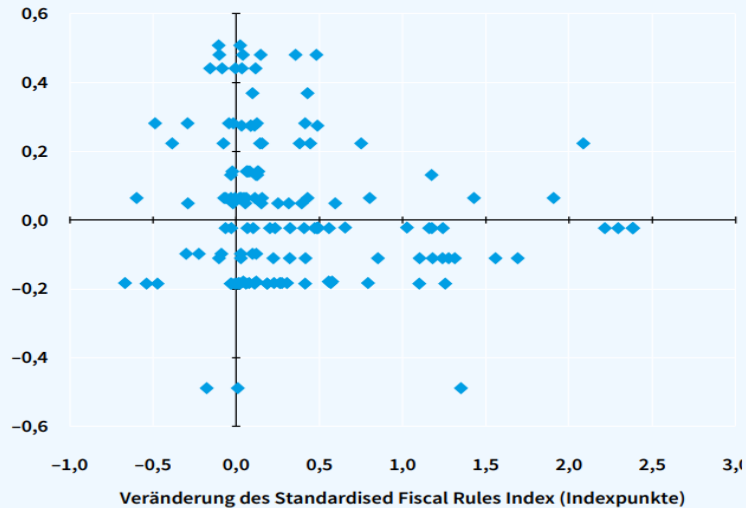
„Schwäbische Hausfrau“

- Kann keine Abgaben erheben
 - Hat Investitionsspitzen im Lebenszyklus
 - Ist sterblich und ohne gesamtwirtschaftliches Gewicht
 - Vererbt offene Rechnungen nicht an Nachkommen, sondern an Dritte
 - Muss nicht auf gesamtwirtschaftliche Stabilität achten
- ⇒ **Kein role model für staatliches Finanzgebaren**

Wirkungen von Fiskalregeln

Veränderung der durchschnittlichen staatlichen Bruttoanlageinvestitionen und Veränderung des Standardised Fiscal Rules Index

Veränderung der durchschnittlichen öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen (% vom BIP)



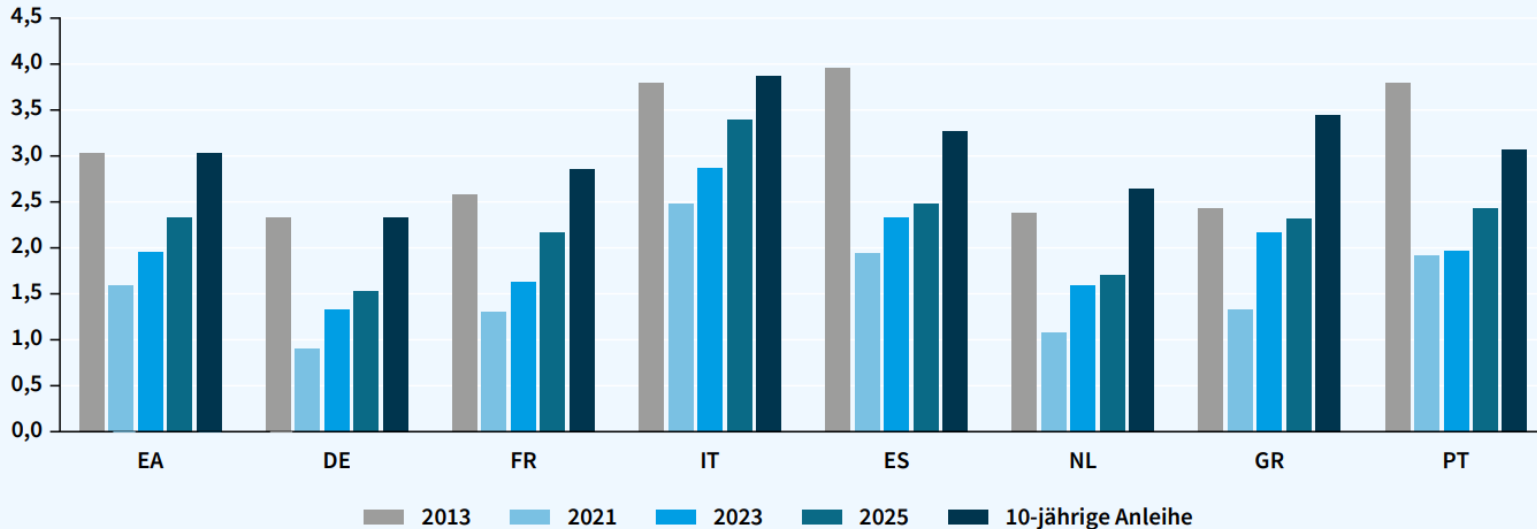
*Die Veränderung der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen zeigt die durchschnittlichen staatlichen Bruttoanlageinvestitionen als Prozent des Bruttoinlandsprodukts über einen Zeitraum von fünf Jahren nach einer Änderung des Standardised Fiscal Rules Index im Vergleich zu dem Durchschnittswert der vorangegangenen fünf Jahre.

- Effektivität
 - » Endogenitätsproblem
 - » Nationale Regeln senken Defizite und Schuldestand
 - » EU-Regeln weniger klar
- Investitionsbremse?
 - » Empirie zeigt keinen systematischen Zusammenhang
 - » Escape-Clause notwendig
 - » Tragfähige Staatsfinanzen Voraussetzung

Zinsanstieg erhöht Schuldenlast (1)

Impliziter Zins der Staatsverschuldung

In %



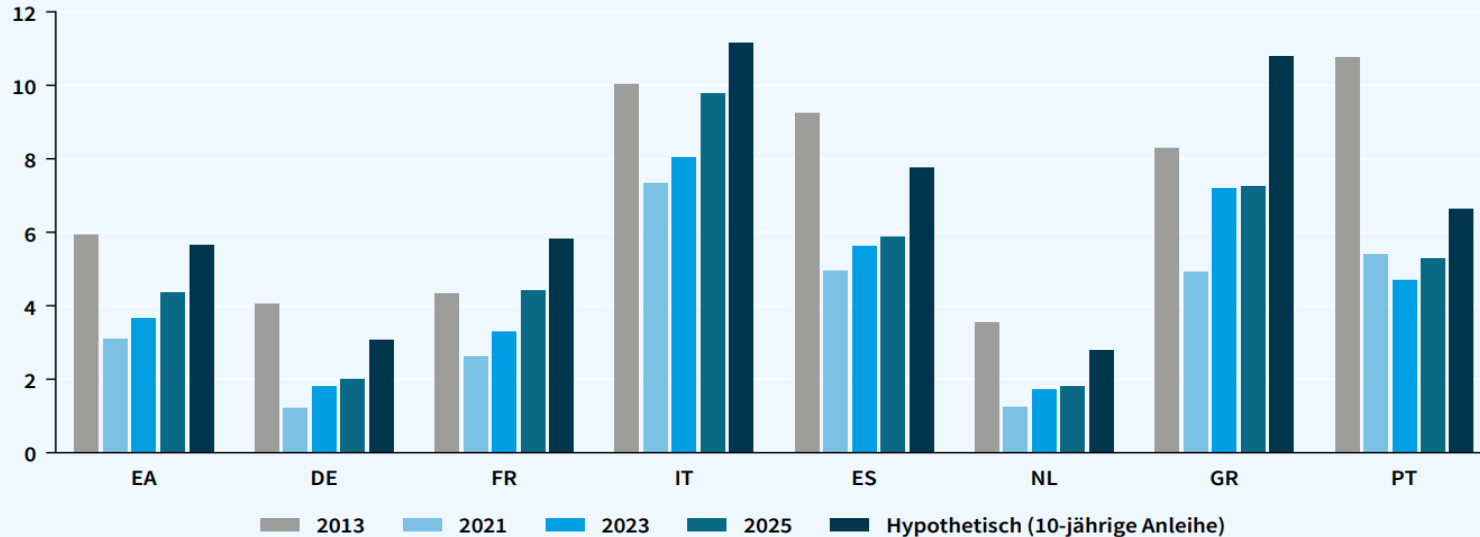
Der implizite Zins ergibt sich als Verhältnis aus den Zinsausgaben der Staaten in den laufenden Jahren und den Bruttostaatsschulden aus dem jeweiligen Vorjahr. Der implizite Zins für das Jahr 2025 entspricht der Prognose der Europäischen Kommission (AMECO). Durchschnittliche Rendite der 10-jährigen Staatsanleihen aus dem Februar 2024.

Quellen: Europäische Kommission (AMECO); Eurostat.

Zinsanstieg erhöht Schuldenlast (2)

Zinsausgaben-Staatseinnahmen-Verhältnis

In %

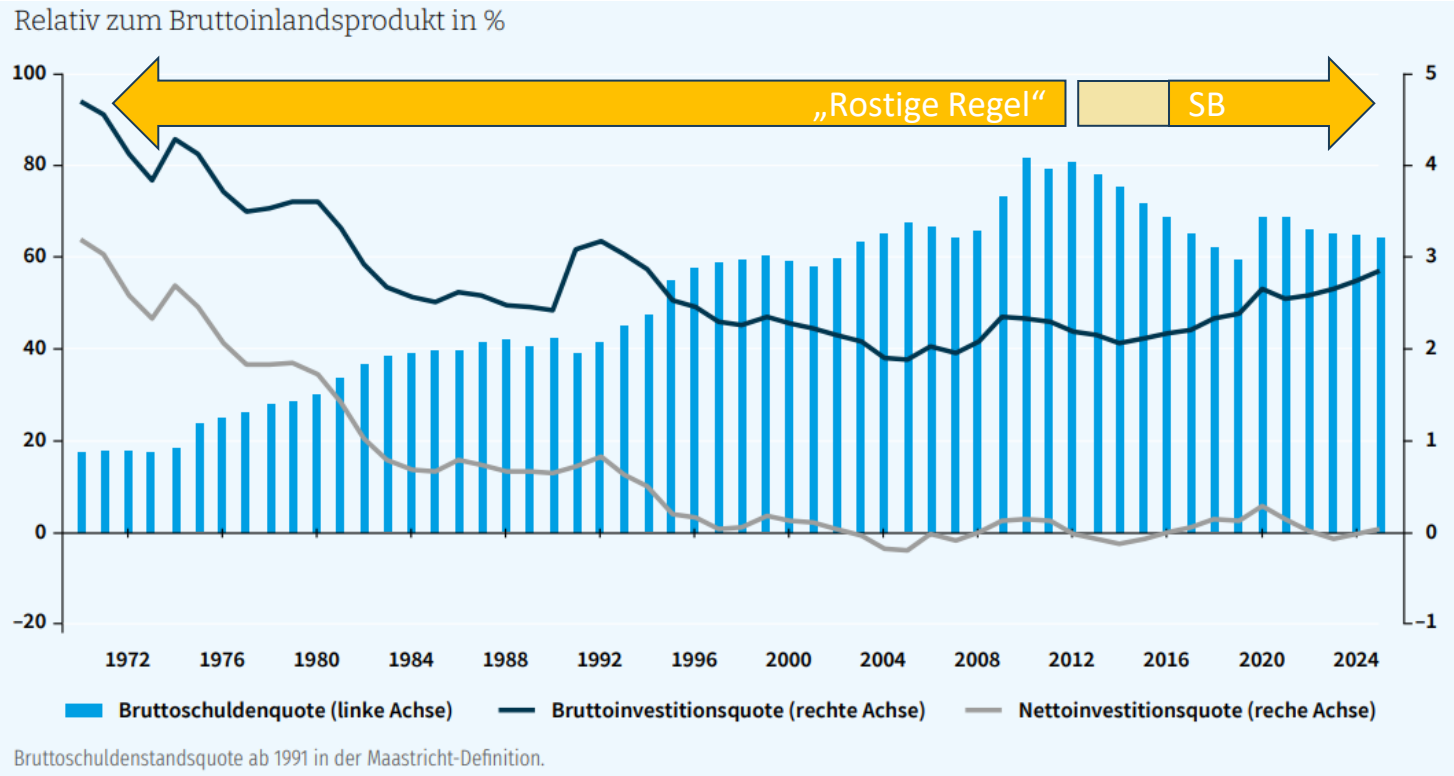


Das Zinsausgaben-Staatseinnahmen-Verhältnis für das Jahr 2025 entspricht der Prognose der Europäischen Kommission (AMECO). Das hypothetische längerfristige Zinsausgaben-Staatseinnahmen-Verhältnis basiert auf Berechnungen der Institute mit der durchschnittlichen Rendite der 10-jährigen Staatsanleihen aus dem Februar 2024.

Quellen: Europäische Kommission (AMECO); Eurostat; Berechnungen der Institute.

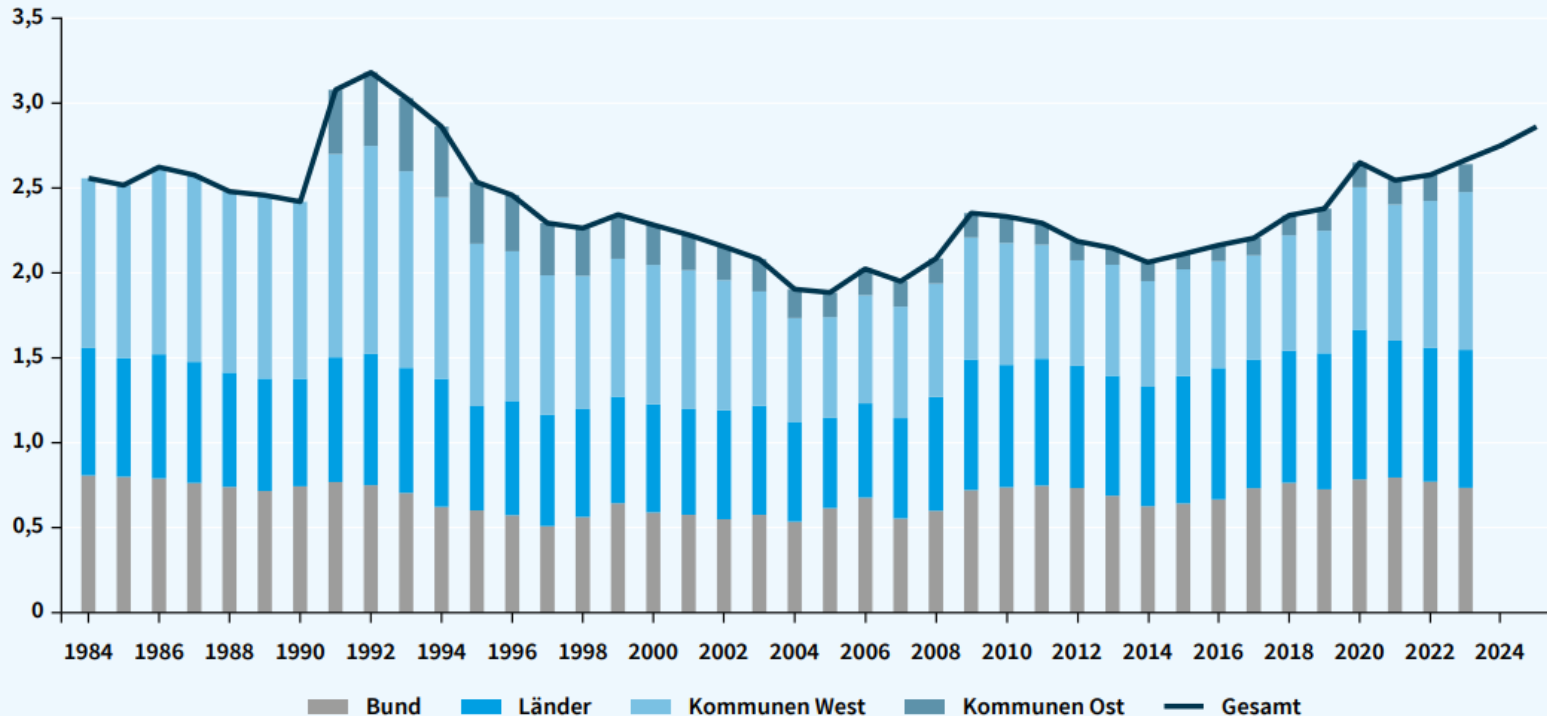
© GD Frühjahr 2024

Schuldenbremse bricht Verschuldungstrend, allerdings bislang in fiskalischer Schönwetterlage

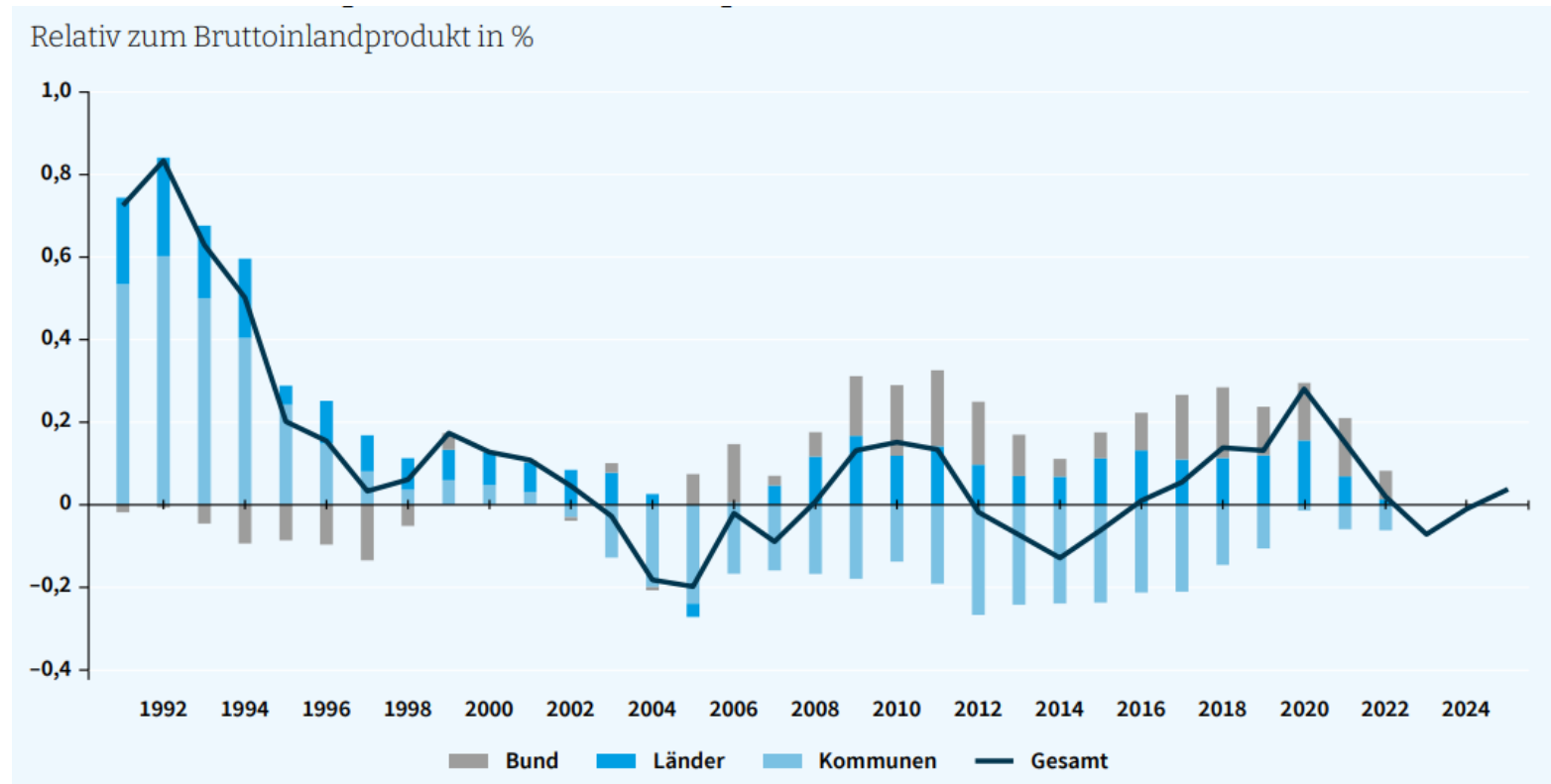


Bruttoinvestitionsquote: Kommunal финанzen wichtigstes und schwächstes Glied in der Kette

Relativ zum Bruttoinlandprodukt in %



Nettoinvestitionsquote: Kommunaler Substanzverzehr seit 20 Jahren



Vollzug (technische Modifikation)

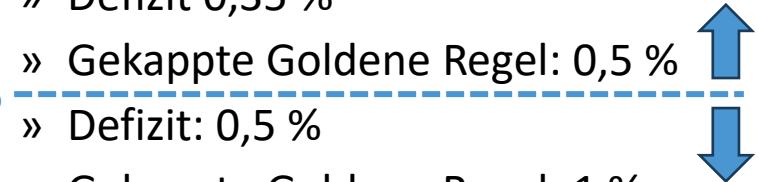
- Widerscharfstellen nach Ziehen der Notfallklausel mit regelbasierter Übergangsphase von 3 Jahren
- Konjunkturbereinigung ggfs. um CO₂-Steueraufkommen und EEG-Ausgaben erweitern

- ⇒ Neugestaltung der gesamtstaatlichen Finanzverfassung (Föderalismusreform III)
- ⇒ Stabilisierung der Kommunalfinanzen zur Verstetigung öffentlicher Investitionen
- ⇒ Fiskalische Unwägbarkeiten über Ausnahmeklausel der SB abfangen

Gesamtstaatliche Verschuldungskapazität

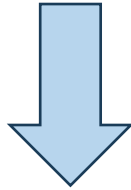
- Vorschlag der Deutschen Bundesbank
- Schuldenabhängige Defizitgrenzen
 - » Defizit 0,35 %
 - » Gekappte Goldene Regel: 0,5 %
 - » Defizit: 0,5 %
 - » Gekappte Goldene Regel: 1 %

60 %



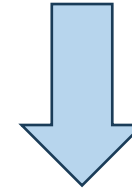
Konvergenz des Schuldenstands

Bisherige
Schuldenbremse
(ohne finanzielle Transaktionen)



14 %

Vorschlag der
Deutschen Bundesbank
(mit Investitionsklausel)



40 %

- ⇒ Aber: Fiskalische Schönwetzerszenarien
- ⇒ Raue Wirklichkeit: Krisenbedingte Ausnahmeklausel

Diskussion



Prof. Dr. Stefan Kooths

Direktor

Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum

T +49 431 8814-579

M stefan.kooths@ifw-kiel.de

 @StefanKooths

  @kielinstitute

www.ifw-kiel.de

